

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Deutschland zwischen Ost und West

„Nicht Neutralität, aber militärische Ausklammerung“ überschreibt *Prof. Alfred Weber* einen der Diskussion würdigen Aufsatz in der Monatsschrift *Außenpolitik* (10). Er plädiert für „einen militärischen Status Gesamtdeutschlands, der sowohl eine Bedrohung Rußlands wie der Staaten des Westens ausschließt“; diese Forderung soll verwirklicht werden, indem bei Wiedervereinigung unter Abzug aller fremden Truppen die Erlaubnis der Wiederbewaffnung für die Verteidigung, also unter Ausschluß „aller ins Große wirkenden Angriffswaffen, insbesondere Bomber“, sowie das Verbot aller Militärbündnisse und die Kontrolle über beide Bestimmungen durch die Vereinten Nationen anzubieten sei; bei Feststellung der Verletzung des vereinbarten militärischen Status durch die UNO sollte ein automatisches Sanktionsrecht in Kraft treten. Zusätzlich solle Deutschland sich verpflichten, sich bei jedem außenpolitischen Streitfall einem Schiedsgericht zu unterwerfen.

Alfred Webers Thesen verdienen wie alles, was von diesem klugen und selbständig denkenden Mann vorgetragen wird, ernste Beachtung. Aber sie erscheinen uns doch recht formaljuristisch. Die UNO bedürfte wohl einer einstweilen nicht vorhersehbaren Entwicklung, um von Ost und West gleichermaßen als Instanz eines automatisch eintretenden Sanktionsrechts anerkannt zu werden. Und wenn Alfred Weber erklärt, wirtschaftspolitisch bliebe Deutschland — ungeachtet dieser Einschränkungen seiner Souveränität — völlig frei, „könnte also auch eine wirtschaftliche europäische Integrationspolitik treiben“, so wird dabei ungesagt gelassen, daß der Osten in eben dieser wirtschaftlichen Integrationspolitik ein Instrument politischer und militärischer Machtentfaltung des Westens sieht. Kurzum: das Problem erscheint uns doch wesentlich komplexer, als es in den hier referierten Thesen aufgezeigt wird.

Von einer anderen Seite her beleuchtet *Wilhelm Wolfgang Schütz* in der gleichen Zeitschrift (11) die nach dem Scheitern der EVG und durch die Londoner Akte entstandene Situation. Er möchte für Europa wie für Deutschland in diesem Zeitpunkt keine endgültige Lösung, sondern „Betonung des Provisorischen, Anerkennung der Unhaltbarkeit der deutschen Teilung, Zusage der Entscheidungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung“, und für Europa „keine überstaatliche, sondern eine zwisdienstaatliche Bindung“, etwa nach dem Vorbild des Commonwealth. Als praktischen Schritt auf diesem Wege schlägt Schütz vor, „daß die europäischen Staaten in voller Freiheit und Unabhängigkeit damit beginnen, Europa-Ministerien einzurichten“ und „eine ständige

Konferenz der Europaminister als weitere Stufe in dieser Entwicklung“ ins Leben rufen.

„Zurück zu Rapallo?“ ist ein Aufsatz über „Möglichkeiten und Grenzen der deutschen Außenpolitik“ im *Monat* (73) überschrieben. Der Verfasser, *F. R. Allemann*, der seit Jahren als Korrespondent schweizerischer Zeitungen in Bonn akkreditiert ist, betont, daß auch nach dem Scheitern der EVG „der Zwang zur Zusammenfassung“ bestehenbleibe und daß sich genau dagegen die sowjetische Politik richte. Daraus folgert er: „Eine deutsche Politik, die der Rapallo-Tradition folgen wollte, wäre praktisch nur noch möglich unter Verzicht auf die Eingliederung der Bundesrepublik in dieses sich ausdehnende Geflecht der inter- und internationalen Institutionen, d. h. auf Teilnahme an jenen werdenden Gemeinschaftsformen, die die klassischen Souveränitätsvorstellungen transzendieren. Rapallo war ein Ausweg aus einer Isolierung: ein neues Rapallo wäre der Weg in diese Isolierung hinein. Die Realpolitik' von vorgestern ist die Illusion von heute.“

Eine Ergänzung dieser Überlegungen finden wir in dem halbmonatlich in Paris erscheinenden „*Bulletin de l'Association d'Etudes et d'Informations Politiques Internationales*“ (115) in einem nicht gezeichneten Aufsatz „Moscou et l'AUemagne“, aus dem wir hier den Schlußsatz übersetzen wollen: „Moskau würde sogar eine nationale deutsche Armee bei weitem einer deutschen Armee in europäischem Rahmen vorziehen. Der Grund dafür ist einfach: mit der deutschen Nationalarmee bleibt die Ausnutzung der Gegensätze möglich, während sie mit einer integrierten Armee nicht mehr denkbar ist.“

Technik - Fluch oder Segen?

Unter dem Titel *Humanismus und Technik* gibt die Gesellschaft von Freunden der Technischen Universität Berlin-Charlottenburg seit dem vorigen Jahr eine wertvolle Zeitschrift „zur Erforschung und Pflege der Menschlichkeit“ heraus (Verlag Franz Vahlen, Berlin und Frankfurt). Der leitende Redakteur, *Prof. Dr. Hermann Muckermann*, nimmt in den dreimal jährlich in zwangloser Folge erscheinenden Heften jeweils zu grundsätzlichen Fragen Stellung, so zur Rolle der Technik in unserem „atmosphärisch-globalen Zeitalter“, zum „Bildungswert der Technik“ und zum Problem Technik—Wirtschaft (sämtlich II/1), aber auch zur Frage der Menschenrechte oder zu bedeutenden Gedenktagen, wie der zehnjährigen Wiederkehr des 20. Juli 1944 oder dem Todestag des von Prof. Muckermann sehr verehrten Ernst Reuter (II/2). Ebenfalls ins Grundsätzlich-Ethische reicht ein Beitrag von *Alfons Gerson* „Freiheit und Verantwortung des Ingenieurs“ (II/2). Die beiden zitierten Hefte enthalten außerdem sehr interessante, reich illustrierte Aufsätze über Leonardo da Vinci als Ingenieur von *Walter Pflaum*, die vielerlei Beweise für

„sein umfassendes, der Zeit weit vorausseilendes Denken“ und „für die praktische Verwertbarkeit seiner Konstruktionen“ beibringen. Sehr gründlich untersucht *Friedrich Sander* die Möglichkeiten und die Grenzen der Testmethodik und -psychologie (2).

Die Frage der wirtschaftlichen Auswirkungen der Atomenergie erörtert ein bedeutender Schweizer Industrieller, *Dr. h. c. Theodor Boveri*, in den *Schweizer Monatsheften* (Oktober) vorwiegend am Beispiel der schweizerischen Maschinenindustrie und Energiewirtschaft: „In Anbetracht der Tatsachen, daß der Energieverbrauch auf der Erde noch dauernd zunimmt, daß unsere Kohlen- und Erdölvorräte nicht ewig ausreichen werden und endlich, daß eine praktische Ausnutzung der Atomenergie auf Grund der bisherigen Arbeiten technisch und finanziell wenigstens denkbar erscheint, muß man die Forderung stellen, daß dieses neue Gebiet intensiv weiter erschlossen wird.“

Eine jetzt in weiten Kreisen viel diskutierte Frage untersucht *Prof. Dr. Ferdinand Steinhäuser*, Direktor der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik in Wien, in einem Aufsatz „Atombombenexplosionen und Wettergeschehen“ in der in Stuttgart erscheinenden Monatsschrift *Universitas* (11). Er kommt zu dem Ergebnis, „daß diesen ungeheuren, im Weltweiter wirksamen oder umgesetzten Energien gegenüber die bisherigen wenigen Atombombenexplosionen energiemäßig keinen weltweiten Einfluß gehabt haben können“, zumal sich die nur momentan gelieferte Energie außerordentlich rasch wieder in der Atmosphäre verzehre und niemals so hoch steige wie etwa die bei Vulkanausbrüchen ausgeworfenen Lockermassen; auch die These von der Vermehrung der Niederschlagsmengen durch Atombombenexplosionen hält der Gelehrte für abwegig. Hingegen könne man überlegen, ob es nicht möglich wäre, die in den Atomkräften zur Verfügung stehenden ungeheuren Energiemengen zu einer künstlichen und bewußten Beeinflussung des Wetters auszunutzen. Das könne aber nie in Form von Atombomben geschehen, weil dabei die Energieauslösung so rasch erfolge, daß die Atmosphäre nicht genügend Zeit hätte, sich darauf einzustellen; doch sei es denkbar, die Atomenergie in einem Dauerprozeß zur Verfügung zu stellen: auf diese Weise könne man unter Umständen örtliche Wolkenbildung und Regen auslösen oder die Temperaturgegensätze zwischen hohen und niedrigen Breiten verkleinern oder die polaren Eismassen zum Schmelzen bringen. Freilich müsse man, so meint der Verfasser, zunächst prüfen, ob „die daraus sich ergebenden Folgen auf das Weltwetter den Bedürfnissen der Menschheit und der Welt überhaupt günstig wären oder ob nicht die natürliche Weltwetterordnung doch die zweckmäßigere ist“. Zauberlehrling oder Prometheus — das ist hier die Frage!

Soziale Sicherheit als Ziel

Das im 7. Jahrgang erscheinende *Bulletin der Internationalen Vereinigung für soziale Sicherheit*, das vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger in Wien herausgegeben wird, enthält in jedem Heft eine Fülle von Informationen über die Tätigkeit auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit, und zwar dankenswerterweise auch aus Ländern, aus denen wir sonst wenig erfahren, wie Ägypten, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Belgisch-Kongo, China, Iran, Philippinen, Uruguay u. a. m., wobei freilich der kritische Leser gut tun wird, sich immer den Unterschied zwischen gesetzlicher Regelung und praktischer Verwirklichung vor Augen zu halten. Daneben bringen die Hefte größere Spezialuntersuchungen, von denen wir folgende erwähnen möchten: „Die Versicherung gegen langdauernde Krankheit im französischen System der sozialen Sicherheit“ von *Clement Michel* und „Internationale Sozialversicherung durch Rationalisierung der Dokumentation“ von *Oskar Umrath* (4) sowie „Das erste Volksversicherungsgesetz in Israel“ von *Itzhak Kanev* (5).

Die in Paris von der Union Nationale des Caisses d'Allocations Familiales herausgegebene Monatsschrift *Informations sociales* widmet ein ganzes Heft (8) dem für Frankreichs Wirtschafts- und Sozialpolitik so wichtigen Thema der Wanderungen ländlicher und städtischer und insbesondere auch nordafrikanischer und italienischer Arbeitermassen und den Problemen ihrer Assimilation und Adaptation. Gerade weil es sich um ganz konkrete Erhebungen in einzelnen Departements und für bestimmte Bevölkerungsgruppen handelt, bieten die mit zahlreichen Statistiken und graphischen Darstellungen illustrierten Arbeiten ein sehr wertvolles Material dar. Auch zwei Untersuchungen über die Situation der Zigeuner in Frankreich haben keineswegs nur pittoreskes Interesse.

Christlicher Sozialismus?

Politische Studien, die außerordentlich gehaltenen Monatshäfte der Hochschule für politische Wissenschaften München (Isar Verlag), veröffentlichen eine Arbeit aus der Feder des katholischen Theologen *Prof. D. Dr. Gottlieb Söhngen* zur Frage eines „christlichen Sozialismus“. Die Anführungszeichen stammen von Professor Söhngen, der damit schon im Titel seine Skepsis gegenüber der Möglichkeit eines christlichen Sozialismus andeutet. In der Tat kommt er auf dem Wege recht spitzfindig wirkender Begriffsdefinitionen zu dem Ergebnis: „Es gibt christlichen Sozialismus ebenso wenig wie christlichen Kapitalismus . . . Der Sozialismus ist als solcher nicht sozialer als der Kapitalismus; und ein •Kapitalismus ist als solcher nicht asozialer als ein Sozialismus.“ Aber auch

„eine christliche Durchdringung und Gestaltung der Welt und ihrer Strukturen“ bejaht der Verfasser nur im Hinblick auf ein „Sozialethos der Weltüberwindung“; seine letzten Sätze seien noch wörtlich zitiert: „Das Heil einer Sozialstruktur liegt mitnichten in ihrer reinen Immanenz, sondern in jener Transzendenz, mit der sie sich übersteigen läßt. Das Heil eines Sozialismus liegt nicht in der Immanenz und Reinheit der sozialistischen Struktur, sondern in seiner möglichen und wirklichen Transzendenz und Freiheit auf und für einen christlichen Personalismus hin.“ Der leider nicht eben leichtverständlich geschriebene, aber grundsätzlich wichtige Aufsatz, wird hoffentlich in einem der nächsten Hefte der *Politischen Studien* von sozialistischer Seite weiter diskutiert werden.

Auch in der Schweiz geht die von uns schon im Oktoberheft erwähnte Aussprache über das Problem Katholizismus—Sozialismus weiter. *Der neue Bund*, Monatsschrift für freiheitlichen Sozialismus, behandelt in Beiträgen seines Herausgebers, Dr. Eugen Steinemann, die wichtigste katholische Literatur zu diesem Thema sowie die Bestrebungen der Arbeiterpriester (9); eine Ergänzung bieten in der folgenden Nummer (10) ein Aufsatz über Simone Weil von W. Bärtschi und Auszüge aus den Büchern von Simone Weil.

Zur Problematik der evangelischen Gesellschaftsauffassung äußert sich in der in Göttingen erscheinenden *Deutschen Universitäts-Zeitung* (20) Rudolf v. Thadden in einem „Evangelische Sozialpolitik?“ überschriebenen Aufsatz. Er geht davon aus, daß „die gegenwärtige Welt ganz unzweifelhaft einen positiven Beitrag der Kirchen zur Lösung der sozialen Probleme erwartet“: „Der Dienst der Kirche muß im 20. Jahrhundert ein anderer sein als in früheren Zeiten.“ Wie dieses „Anderssein“ konkret aussehen soll, wird nach unserer Meinung in dem zitierten Aufsatz nicht restlos deutlich; immerhin bietet v. Thaddens Arbeit sehr anregende Überlegungen, wichtige Literaturhinweise und so bemerkenswerte Erkenntnisse wie diese: „Die Kirche predigt zum Teil noch immer so, als ob der einzelne im Ernstfall viel an der Not ändern könnte“, aber: „Will er nicht in den Sog der Zersetzung und Vergiftung hineingeraten, so muß er sich in eine Gemeinschaft opferbereiter Menschen stellen, die entschlossen sind, in den weltlichen Bezirken der modernen Massengesellschaft an seiner Seite zu kämpfen.“ Weiter erkennt der Verfasser, daß die Gemeinde nicht mehr der eigentliche „Lebensraum“ des arbeitenden Menschen sei, sondern die Betriebsgemeinschaft oder der Berufsverband; dieser Entwicklung müsse die Kirche in ihrem Dienst Rechnung tragen und den Christen bei ihrer Arbeit im Betrieb „die erforderlichen sozialetischen Weisungen geben“. Man sieht, das sind recht lebensnahe und konkrete Erwägungen, die die Aufmerksamkeit aller Gewerkschafter verdienen.

Gewerkschaftsprobleme

Ein sehr polemisches Echo hat der Frankfurter Gewerkschaftskongreß in der *Deutschen Rundschau* (11) gefunden. Dort veröffentlicht Klaus-Peter Schulz einen Artikel über „Die Führungskrise des DGB“. Mehrfach wirft der Verfasser der Sozialdemokratie vor, sie sei bestrebt, „den DGB immer eindeutiger vor den Karren ihrer außenpolitischen Forderungen zu spannen“. Das habe sich schon bei der Wahl Walter Freitags an Stelle von Christian Fette auf dem Bundeskongreß in Berlin gezeigt, und ebenso stammten jetzt die „nebelhaften und negativistischen Willenserklärungen“ gegen einen deutschen Verteidigungsbeitrag „wortwörtlich aus der politischen Rüstkammer der SPD“ — während ja wohl in Wirklichkeit SPD wie DGB wie manche andere Organisation mit ihrem Standpunkt den Stimmungen und Überlegungen weiter Volkskreise Ausdruck gegeben haben, was ihre Übereinstimmung zwanglos erklärt.

Weiter plädiert Schulz für eine föderalistische Reorganisation des DGB, wobei ihm als wahrscheinlich zweckmäßigste Lösung vorschwebt, „die 16 bestehenden Industriegewerkschaften in eine Anzahl kleinerer lebendigerer Einheiten“ aufzulösen.

Gleichfalls recht kritisch äußert sich P. Brüsseler, wohl nur ein gelegentlicher Mitarbeiter von *Geist und Tat* (10), über die internationale Gewerkschaftsbewegung. Einige seiner Hinweise auf Schwächen des IBFG und ihre Ursachen sind durchaus diskussionswürdig. Befremdend scheint uns hingegen die Tendenz und der Ton eines Autors, der einerseits mehrfach bedauert, daß die Gewerkschaftsinternationale „ohne sozialistische Zielsetzung“ sei, um dann andererseits immer wieder gegen die zu starke Rücksichtnahme auf die Gewerkschaften in den „unterentwickelten“ Gebieten und gegen die Gefahr einer „Weltherrschaft des Angelsachsentums in geänderter Form“ zu polemisieren. Viel wichtiger wäre es, das Positive zu erkennen, das in der endlich beginnenden Ausweitung der Gewerkschaftsbewegung über Europa und die USA hinaus liegt; da wären dann Vorschläge zu machen, wie man hier rascher und möglichst ohne Nachteile für die traditionelle europäische Gewerkschaftsbewegung (die der Verfasser rückblickend idealisiert) vorankommen könnte.

Ein wichtiges Problem der europäischen Gewerkschaftsbewegung — nämlich die Frage, warum in Frankreich und in Italien die Gewerkschaftszentralen vom kommunistischen Apparat erobert werden konnten — untersucht Richard Löwenthal in der von François Bondy redigierten, in Paris erscheinenden Monatsschrift *Preuves* (45). Bekanntlich sind Frankreich und Italien die einzigen Länder Westeuropas, in denen der Kommunismus nach dem Ende des zweiten Weltkrieges ein bedeutender politischer Faktor werden konnte, und es ist von großem

theoretischem und praktischem Interesse, die Ursachen dafür gründlicher zu erforschen. Löwenthal sieht, wohl mit Recht, im apolitischen, sich von den sozialistischen Parteien distanzierenden Syndikalismus der lateinischen Gewerkschaftsbewegungen den tiefsten Grund dieser Entwicklung.

Gleich mehrere wesentliche Beiträge zu grundsätzlichen Fragen der Gewerkschaftsbewegung findet man in einem Doppelheft (6/7) der im zweiten Jahrgang für die Funktionäre der IG Metall erscheinenden Zeitschrift *Der Gewerkschafter*. Mit aller Deutlichkeit deklariert *Prof. Dr. Wolfgang Abendroth* in einem historisch, soziologisch und juristisch ausgezeichnet fundierten Aufsatz das Recht auf Streikposten und Streikdemonstration: „So gehört also nach dem sozialgeschichtlichen Zusammenhang und auf Grund soziologischer Überprüfung der Situation des Streiks das Phänomen der Streikposten zum Institut des Streiks als dessen notwendigem Bestandteil, und deshalb auch das Recht, Streikposten zu stellen, zum Streikrecht, weil es diesem sozial adäquat ist. Wer dieses Recht antastet, bekämpft in Wirklichkeit das Streikrecht . . .“

Im gleichen Heft veröffentlicht *Irmgard Enderle* den ersten Aufsatz einer offenbar sehr vielseitig und interessant dokumentierten Artikelserie über „Marx' Bedeutung für die heutige Gewerkschaftsbewegung“. Als dritter wichtiger Beitrag zur grundsätzlichen Gewerkschaftsdiskussion sei eine Abhandlung über das Schlichtungswesen erwähnt.

Zum Schluß möchten wir darauf hinweisen, daß *Die Quelle* dankenswerterweise eine Sondernummer vorlegt, in der die auf dem Frankfurter Bundeskongreß gehaltenen Referate von *Prof. Dr. Wilhelm Herschel* (Arbeitsrecht als gewerkschaftliche Aufgabe), *Willi Richter* (Aktuelle Fragen der Sozialpolitik) und *Dr. Viktor Agartz* (Wirtschafts- und Steuerpolitik — Grundsätze und Programm des DGB) sowie die Ansprache des Bundespräsidenten *Prof. Dr. Theodor Heuss* im Wortlaut veröffentlicht sind. Diese 64 Seiten enthalten eine Fülle wichtigen Materials, das noch auf lange zum unentbehrlichen Rüstzeug des Gewerkschaftsfunktionärs gehören wird.

Dr. Walter Fabian